



**LUTHERSTADT  
WITTENBERG**

**Der Oberbürgermeister**

Torsten Zugehör

Termin nach Vereinbarung

Raum 3.27  
Tel.: 03491 421 91101  
Fax 03491 421 91105  
Oberbuergemeister@Wittenberg.de  
www.wittenberg.de

Lutherstadt Wittenberg • OB • Lutherstraße 56 • 06886 Lutherstadt Wittenberg

vorab per E-Mail: [buero-st-gie@bmwk.bund.de](mailto:buero-st-gie@bmwk.bund.de)  
Bundesministerium für Wirtschaft und  
Klimaschutz  
Staatssekretär für Europapolitik,  
Wirtschaftspolitik und Mittelstandspolitik  
Herrn Sven Giegold  
10119 Berlin

09.11.2023

Bitte immer angeben:

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom

**Ihr Schreiben vom 27.09.2023**

*Sehr geehrter Herr Staatssekretär,*

Öffnungszeiten Bürgerbüro  
Mo 8:00 - 12:00 Uhr  
Di 8:00 - 18:00 Uhr  
Mi 8:00 - 12:00 Uhr  
Do 8:00 - 18:00 Uhr  
Fr 8:00 - 12:00 Uhr  
Sa 9:00 - 12:00 Uhr  
(1. und 3. im Monat)

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 27.09.2023, welches ich am 4.10.2023 erhalten habe. Ich darf so frei sein und Ihnen für Ihre erfrischend deutlichen Worte danken. Ihr Schreiben hebt sich wohlthuend von der sonst üblichen Korrespondenz aus Berlin ab. Freundliche Klarheit ist gerade in diesen herausfordernden Zeiten ein Wert, der auf kommunaler Ebene große Wertschätzung erfährt.

Bankverbindung  
Sparkasse Wittenberg  
Gläubiger ID: DE56ZZZ0000020980  
IBAN: DE 50 8055 0101 0000 0000 19  
BIC: NOLADE21WBL

Nachdem nun ein Monat vergangen ist, sehe ich auf der Seite des Handelsblatts vom 5.11.2023 einen Artikel mit dem Titel: „Von der Leyen: Neues EU-Sanktionspaket gegen Russland nächste Woche“. Dies nahm ich zum Anlass, um beim Unternehmen SKW Stickstoffwerke Piesteritz GmbH über die Sachlage Ammoniak- und Harnstoffimporte aus Russland/ Marktsituation nachzufragen. Dabei ergibt sich folgendes Bild, welche Ihre im oben genannten Schreiben angekündigten Recherchen sicherlich ebenfalls bestätigen.

Die Harnstoffimporte aus Russland sind allein von Januar - Juni 2023 um 780% gestiegen. Im Düngejahr 2022/23 wurden gegenüber dem Düngejahr 2021/22 sogar 920 % mehr Harnstoff aus Russland nach Deutschland geliefert.

Der Verkaufspreis für Importharnstoff mit den Ihnen bekannten wahrscheinlich problematischen negativen Effekten auf Umwelt und Wirtschaft in Deutschland liegt bei aktuell ca. 380 EUR/t und damit weit unter den nötigen Verkaufspreisen für die heimischen, umweltschonenden Produkte von derzeit ca. 540 EUR/t. Ein russischer Produzent kann aber mit einem Gaspreis von ca. 5 EUR/MWh Harnstoff zu einem Preis von ca. 150 EUR/t produzieren und erzielt bei dem aktuellen Marktpreis von 380 EUR/t eine Marge von 230 EUR/t. Das spült „gutes“ Geld in die Kriegskasse Russlands; aufgrund der nun in Russland erfolgten Wertschöpfung sogar mehr als bei Lieferungen von Erdgas als Rohstoff.

Für mich ist dies eine paradoxe Situation, die ich übrigens den ukrainischen Flüchtlingen und Neumitbürgern in der Lutherstadt Wittenberg nicht erklären kann. Eine solche Preisdifferenz hat wenig kompliziert ableitbare Konsequenzen für Umsatz, Ertrag, Arbeitsplatzsicherheit, Stabilität der regionalen Wertschöpfungsketten und letztlich auch das lokale Steueraufkommen. Das Marktumfeld ist hoch dynamisch. Sieht man die Entwicklung der Wirtschaft und spricht mit Unternehmen oder Verbänden, dann sind die bisher von der Bundesregierung entfalteteten Aktivitäten nur bedingt geeignet, eine strukturelle Krise abzuwenden. Nach meinem Dafürhalten geht Ihr Haus und Herr Minister Habeck mit der Ende Oktober vorgestellten Industriestrategie in die absolut notwendige Richtung – und zeichnet selbst die Dramatik der Situation. Das klare Bekenntnis zur energieintensiven Industrie ist ja nur deswegen notwendig, weil diese akut gefährdet ist und bereits abwandert.

Sie schrieben im letzten Absatz Ihres Schreibens, dass nach Vorliegen Ihrer Recherchen über mögliche Importverbote/ Sanktionen innerhalb der Bundesregierung und mit den anderen Mitgliedsstaaten beraten werden wird. Da nun seitens der EU das nächste Sanktionspaket angekündigt ist, würde ich mich sehr freuen, wenn Sie mich über den Sachstand in Kenntnis setzen könnten. Sehr gern würde ich den Stadträten der Lutherstadt Wittenberg in der nächsten Stadtratssitzung am 22.11.2023 über das erfolgreiche Engagement der Bundesregierung für die heimische Wirtschaft und die Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland berichten; dies nicht zuletzt deswegen, weil sich die Fraktionsvorsitzenden des Stadtrates - mit einer Ausnahme - geschlossen schriftlich an Herrn Minister Habeck wandten.

Nach nunmehr insgesamt fast zwei Jahren wird die Luft für die Unternehmen in Deutschland immer dünner und es muss politisch endlich gehandelt werden. Die Zeit ist überreif.

Mit freundlichen Grüßen



Torsten Zugehör